



Schmidt-Haus, Schmidt mit Gast in der Hausbar (1974): Den Auftrag zum Umbau bekamen die Falschen

NEUE HEIMAT

Knapp kalkuliert

Auch Helmut Schmidt wurde vom Gewerkschaftskonzern Neue Heimat zu günstigen Konditionen bedient.

Oft genug hatte der Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft zur Affäre Neue Heimat (NH) erlebt, wie eng der Gewerkschaftskonzern sein Netz von Beziehungen gewoben hatte. Doch der jüngste Fall ließ alle aufhorchen.

Es geht um einen Bauherren, der in den Akten des Ausschusses als „Schmidt, H." geführt wird – um den ehemaligen Bundesfinanzminister und Bundeskanzler Helmut Schmidt. Wie sich bei der Vernehmung des suspendierten Leiters des Hamburger Wohnungsamtes, Gottfried Scholz, herausstellte, ist auch Schmidt – wie viele Politikprominente – von Albert Vietors Leuten überaus gut bedient worden.

Der damalige Bundesfinanzminister hatte 1974 sein Haus im Hamburger Stadtteil Langenhorn, Neubergerweg 80–82, umbauen lassen. Die von der gemeinnützigen NH berechneten Kosten seien im Fall Schmidt „außergewöhnlich unanständig niedrig" gewesen, stellte der stellvertretende Ausschußvorsitzende Karl-Heinz Ehlers (CDU) nach der Scholz-Vernehmung fest.

Familie Schmidt hatte das rotgeklinkerte Doppelhaus 1961 für 128 000 Mark von der Neuen Heimat erworben. In der einen Hälfte wohnte Vater Gustav, in der anderen Sohn Helmut, der im gleichen Jahr Innensenator wurde.

Als 13 Jahre später Gustav Schmidt ins Altersheim umgezogen war und Helmut Schmidt – inzwischen Finanzminister – sich auf den Umzug ins Kanzleramt vorbereitete, wurde das Doppelhaus zu eng. Die Neue Heimat übernahm die Umbauten. Für den Sozialdemokraten und Gewerkschafter Schmidt verstand es sich von selbst, daß er dem Gewerkschaftskonzern die Baubetreuung übertrug.

Die NH wußte das zu schätzen. Statt der üblichen Bau-Betreuungsgebühren von sieben Prozent nahm sie nur 1,5 Prozent. Bei einem späteren Anbau eines Aktenbunkers im Jahre 1978 berechnete sie drei Prozent. Das war der Vorzugssatz, den sich auch NH-Vorstandsmitglieder wie der fristlos gefeuerte Wolfgang Vormbrock bewilligten.

Bauherr Schmidt, so meint der Ausschuß-Vorsitzende Ulrich Hartmann (SPD), habe dadurch „einige zehntausend Mark gespart". Die wird er nun möglicherweise noch zahlen müssen.

Das allerdings wird nicht alles sein. Was im Ausschuß noch nicht zur Sprache kam, ist der außergewöhnlich niedrige Festpreis, den die NH damals für das Bauvorhaben Schmidt berechnete.

Laut Vergabeprotokoll vom 31. August 1973 sollte die Hamburger Elemonta Fertigbau den Auftrag für die Neue Heimat zum Preis von 280 000 Mark ausführen. Im Preis enthalten waren „alle Lieferungen und Leistungen der Roh- und Ausbauarbeiten einschließlich Einrichtungen und Mobiliar".

Der komplizierte Umbauplan machte jedoch sehr schnell die Kalkulation zunichte. Schon am 3. September ergab eine weitere „Kostenzusammenstellung" Gesamtkosten von 410 788,14 Mark.

Aber auch das war wohl noch zu knapp kalkuliert. Immerhin sollten zu dem Preis nicht nur fünf Garagen gebaut werden, sondern auch ein Schwimmbad, blau gekachelt, mit acht Meter langem Schwimmbecken, Gegenstromanlage und klimatisierter Halle.

Hinzu kamen eine mahagonigetäfelte Bar mit 2,70 Meter langem Flaschenregal, eine Zwei-Personen-Sauna im Keller und ein neues Eßzimmer. Außerdem waren umfangreiche Umbauten im schon vorhandenen Doppelhaus, Durchbrüche und Erweiterungen geplant. Architekten schätzen die tatsächlich entstandenen Kosten auf mehr als das Doppelte des vereinbarten Festpreises. Ein ehemaliger Mitarbeiter der 1977 pleite gegangenen Elemonta hat sogar mehr als das Dreifache ausgerechnet. Schmidt zahlte letztlich 277 800 Mark.

Nicht nur der günstige Preis jedoch rief im Untersuchungsausschuß Erstaunen hervor. Die Neue Heimat, so meint Christdemokrat Ehlers, hätte den Bau überhaupt nicht übernehmen dürfen.

In der Tat hat die NH als gemeinnütziges Unternehmen laut Wohnungsgemeinnützigkeits-Gesetz „ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwekken" zu dienen. Sie soll preiswerten Wohnraum schaffen, nicht Privathäuser umbauen.

Schmidt kann zwar darauf verweisen, daß er das Haus in Langenhorn auch für Zwecke nutzte, die dem Gemeinwohl der Deutschen dienen. So bewirtete er Staatsmänner wie Frankreichs Präsident Valéry Giscard d'Estaing, den polnischen KP-Chef Edward Gierek oder den sowjetischen KP-Chef Leonid Breschnew. Auch Koalitionspartner Hans-Dietrich Genscher war zu Gast.

Aber gemeinnützig im Sinne des Gesetzes war das Bauprojekt Schmidt auch bei großzügiger Auslegung nicht. Den Auftrag hätte allenfalls die kapitalistisch ausgerichtete Neue Heimat Städtebau übernehmen können.

Unklar ist, ob Schmidt sich persönlich um die Baubetreuung kümmerte und von den äußerst günstigen Preisen wußte. Mit solchen Dingen war üblicherweise Ehefrau Hannelore befaßt.

Einen unmittelbaren Vorteil hatten sich Vietors Leute wohl ohnehin nicht erhofft. Sie schafften sich einfach mit solchen Gesten ein wohlwollendes Umfeld für ihre Geschäfte.

Der Kanzler a. D. trug zur Aufklärung der Bau-Geschichte nichts bei. Er habe jetzt keine Zeit, ließ er vorvergangene Woche durch sein Bonner Büro mitteilen. Dann trat er eine sechswöchige Reise an, um Vorträge in Amerika, in China, Japan und sonstwo zu halten. ◆